

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Jens Ackermann,
Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9595 –**

Energiekosten senken – Mehr Netto für die Verbraucher

A. Problem

Absenkung der Stromsteuer und des Umsatzsteuersatzes auf Energie bzw. alternativ der Ökosteuer; Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung auf Biokraftstoffe; Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt; Erreichen von Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in einer nachhaltigen Energieversorgung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9595 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Rolf Hempelmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/9595** wurde in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antrag stellende Fraktion der FDP stellt fest, dass eine Entlastung aller Bürger von den hohen Energiekosten notwendig sei. Mobilität und Heizen müssten für alle erschwinglich sein. Sozialtarife würden dabei keine Lösung darstellen, da sie Ausdruck einer Umverteilungspolitik zu Lasten der übrigen Stromverbraucher und Steuerzahler seien. Der Staat sei bei den Energiepreisen der größte Preistreiber, so mache der Staatsanteil von der Stromrechnung eines durchschnittlichen Haushalts 40 Prozent aus. Der Spritpreis bestehe inzwischen zu zwei Dritteln aus Steuern.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, die Ökosteuer oder den Umsatzsteuersatz auf Energie zu senken. Die letzte Mineralölsteuererhöhung auf Biokraftstoffe sei zurückzunehmen und die Stromsteuer ebenfalls zu senken. Dies solle durch die Versteigerungserlöse der Emissionszertifikate finanziert werden. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, zu einer Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt beizutragen und eine auf Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit bedachte Energiepolitik zu betreiben. Dazu würden unter anderem ein Ausbau der grenzüberschreiten-

den Strom- und Gasnetze sowie eine Ausdehnung der Energieforschung für Alternativen zum Öl gehören.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/9595 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 24. September 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 24. September 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/9595 in seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9595 zu empfehlen.

Berlin, den 24. September 2008

Rolf Hempelmann

Berichterstatter

